

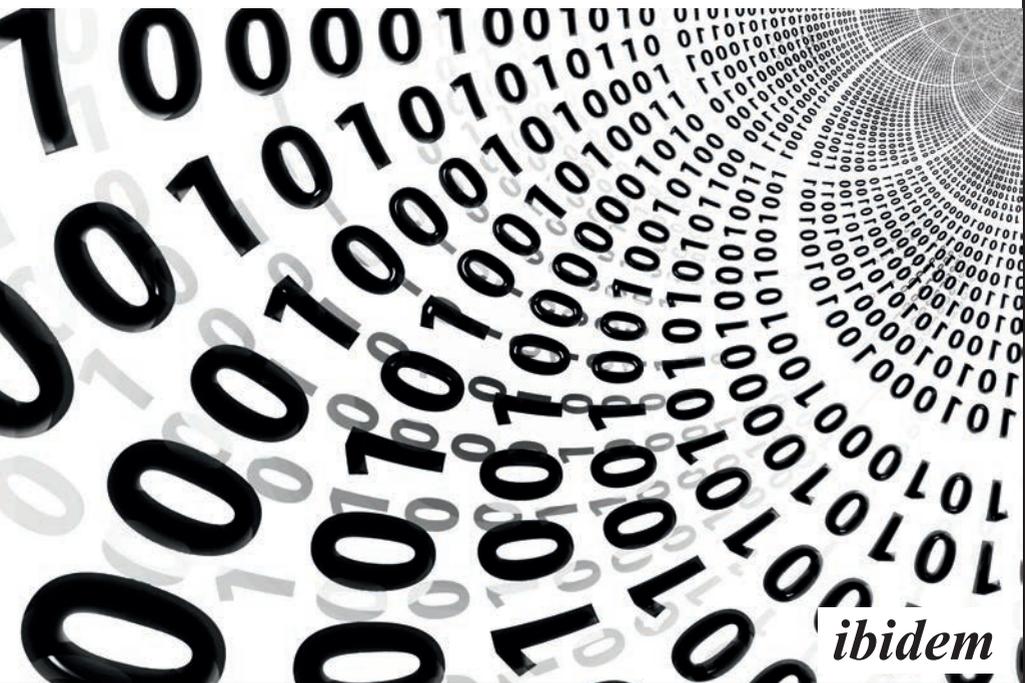
Magdeburger Schriftenreihe zur **medienbildung**
Film - Internet - Computerspiele
audiovisuelle kultur und kommunikation

Band 6

Elena Vohl

Kontrolle und Freiheit im Internet

Eine qualitative Studie zu Positionen
netzpolitischer Akteure



ibidem

Elena Vohl

Kontrolle und Freiheit im Internet

Eine qualitative Studie zu Positionen netzpolitischer Akteure

Magdeburger Schriftenreihe zur Medienbildung

Film – Internet – Computerspiele

Herausgeber: Johannes Fromme, Winfried Marotzki

ISSN 2194-1130

- 1 *Wolfgang Ruge*
Roboter im Film
Audiovisuelle Artikulationen des Verhältnisses zwischen Mensch und Technik
ISBN 978-3-8382-0338-6
- 2 *Kristina Jonas, Marten Fütterer*
My Video Game
Konstruktionistisches Erfahrungslernen in der Schule
Die Entwicklung von Computerspielen als Projektpraxis
ISBN 978-3-8382-0373-7
- 3 *Christiane Rust, Martin Händel*
Emotionalisierung durch Computerspiele
Der reflexive Umgang mit der Emotionalisierung durch Computerspiele am Beispiel
des Ego-Shooters Metro 2033
Eine qualitative Studie
ISBN 978-3-8382-0467-7
- 4 *Ariane Kleibrink*
Die TV-Serie als Bildungsfernsehen?
Eine Untersuchung der Selbst- und Weltbilder
in der Quality-Primetime-Serie *Mad Men*
ISBN 978-3-8382-0551-9
- 5 *André de la Chaux*
Interkulturelle Medienbildung im Dokumentarfilm für Kinder
Eine Analyse filmischer Inszenierungsstrategien fremder Lebenswelten
ISBN 978-3-8382-0628-8
- 6 *Elena Vohl*
Kontrolle und Freiheit im Internet
Eine qualitative Studie zu Positionen netzpolitischer Akteure
ISBN 978-3-8382-1018-6

Elena Vohl

KONTROLLE UND FREIHEIT IM INTERNET

Eine qualitative Studie zu Positionen
netzpolitischer Akteure

ibidem-Verlag
Stuttgart

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

∞

Gedruckt auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier
Printed on acid-free paper

ISSN: 2194-1130

ISBN-13: 978-3-8382-7018-0

© *ibidem*-Verlag
Stuttgart 2018

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis	VIII
Abkürzungsverzeichnis	IX
I: Theoretischer Teil	1
1. Einleitung	1
1.1 Überblick zum Forschungsstand	2
1.2 Zielsetzung	4
1.3 Vorgehensweise	5
2. Theoretische Grundlagen	7
2.1 Das (Massen)-Medium Internet	7
2.1.1 Geschichte des Internets	8
2.1.2 Struktur des Internets	11
2.2 Regulierung des Internets	13
2.2.1 Zugangsregulierungen	15
2.2.2 Technische Regulierung	16
2.2.3 Ökonomische Regulierung	18
2.2.4 Rechtliche Regulierung	19
2.2.5 Politische Regulierung	21
2.3 Freiheit im Internet	22
2.3.1 Meinungsfreiheit	23
2.3.2 Informationsfreiheit	24
2.3.3 Informationelle Selbstbestimmung	25
2.3.4 Pressefreiheit	26
2.3.5 Grundrecht auf Internet?	27
3. Freiheit im Internet: Artikulation und Partizipation	29
3.1 Freie Artikulation als Bildungsprozess	29

3.1.1	Strukturelle Medienbildung	31
3.1.2	Mediale Artikulation	35
3.1.3	Das Internet als Artikulationsraum	36
3.2	Partizipation im Netz	39
3.2.1	Die Veränderung der politischen Partizipation im Internet	42
3.2.2	Partizipation als Voraussetzung von Demokratie	46
3.3	Artikulationsgruppen im Internet	48
3.3.1	Der Bürger als Produzer	48
3.3.2	Klassische Online Medien und Journalisten als Gatekeeper	54
3.3.3	Interessengruppen im Internet	58
3.3.4	Politisch Netzaktive in Deutschland	61
4.	Kontrollen im Internet: Die Überwachung der Bürger	64
4.1	Privatsphäre: Zwischen Überwachung und Transparenz	65
4.2	Datenschutz und das Recht auf Vergessenwerden	69
4.3	Staatliche Kontrolle	75
4.3.1	Datensammlung am Beispiel der Vorratsdatenspeicherung	76
4.3.2	Eingriff in die Urheberrechte: Das ACTA-Abkommen	79
4.3.3	Internetsperren am Beispiel des ZugErschwG	81
4.3.4	Geheimdienste: Die Enthüllungen des Edward Snowden	83
4.3.5	„Der Schutz der Bürger“: Die Rechtfertigung des Staates	87
4.4	Medienkontrolle und Meinungsbildung	90
4.5	Wirtschaftliche Kontrolle	95
4.5.1	Kontrolle der Netze: Die Netzneutralitätsdebatte	95
4.5.2	Die Macht von Google	97
4.5.3	Die Macht von Facebook	101
II:	Empirischer Teil	105
5.	Methodisches Vorgehen	106
5.1	Erhebungsmethode: Das offene Leitfadenterview	108

5.2 Auswahl und Beschreibung der Interviewpartner	114
5.3 Erhebung der Daten	118
5.4 Kritische Anmerkung zur empirischen Erhebung	121
6. Auswertungsmethode: Die dokumentarische Methode	123
6.1 Theoretische Grundprinzipien	123
6.2 Arbeitsschritte der dokumentarischen Interpretation	126
6.2.1 Formulierende Interpretation.....	126
6.2.2 Reflektierende Interpretation.....	127
6.2.3 Fallbeschreibung	130
6.2.4 Typenbildung	130
7. Darstellung der Ergebnisse	132
7.1 Ergebnisse der formulierenden Interpretation	132
7.2 Exemplarische Falldarstellungen	151
7.2.1 Der politische Staatsmann: Johannes Fischbach	151
7.2.2 Der Freiheitsverfechter: Max Kruse	163
7.3 Typologie der Fälle	181
7.4 Zusammenfassung und Herausstellung der Ansätze	189
8. Fazit	193
Literaturverzeichnis	XII
Anhang	XXXI
Anhang 1: Leitfadeninterview.....	XXXI
Anhang 2: Kurzfragebogen	XXXIV
Anhang 3: Transkriptionsregeln.....	XXXVI

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der Onlinenutzung in Deutschland (in Prozent)	7
Abbildung 2: Typen politischer Kommunikation	45
Abbildung 3: The Producer	51
Abbildung 4: Gefahr durch Datensammlungen im Internet (in Prozent)....	63
Abbildung 5: Gefahren durch Überwachung	64
Abbildung 6: Umgang mit personenbezogenen Daten im Internet.....	68
Abbildung 7: Meinungsbildungsgewicht der Medien	91
Abbildung 8: Wahrgenommener politischer Einfluss auf die Bürger	94
Abbildung 9: Vergleich der Nutzerzahlen von Facebook und Co.	101
Abbildung 10: Einflussnehmer auf die digitale Gesellschaft	115
Abbildung 11: Vergleichende Interpretation von drei Fällen	129
Abbildung 12: Typologie der netzpolitischen Akteure	181

Abkürzungsverzeichnis

§.	Paragraph
Abs.	Absatz
Art.	Artikel
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Bitkom	Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungs- gericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
DIVSI	Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet
DJV	Deutscher Journalisten-Verband
dt.	Deutsch
ebd.	Ebenda
et. al.	lateinisch für „und andere“
f.	folgende Seite
ff.	folgende Seiten
GG	Grundgesetz
JMStV	Jugendmedienstaatsvertrag
LPG	Landespressegesetz
o. Jg.	ohne Jahrgang
RStV	Rundfunkstaatsvertrag
[sic!]	originale Schreibweise im Zitat
TMG	Telemediengesetz
UrhG	Urheberrechtsgesetz
vgl.	Vergleiche
zit. n.	zitiert nach
ZugErschwG	Zugangerschwerungsgesetz

I: Theoretischer Teil

1. Einleitung

„It was a bright cold day in April, and the clocks were striking thirteen. Winston Smith, [...] slipped quickly through the glass doors of Victory Mansions [...] Winston made for the stairs. [...] On each landing [...] the poster with the enormous face gazed from the wall. It was one of those pictures which are so contrived that the eyes follow you about when you move. BIG BROTHER IS WATCHING YOU, the caption beneath it ran.“

(Orwell 1949, S. 5, Herv. im. Orig.)

George Orwell beschreibt bereits im Jahr 1949 in seinem fiktionalen Werk „1984“ das Schreckensszenario einer Überwachungsgesellschaft, in der die Menschen mithilfe von Technologien jederzeit kontrolliert werden können. Der Roman skizziert eine Dystopie, in welcher der Protagonist an dem Versuch scheitert, seine Privatsphäre vor der fiktiven Diktatur Ozeanien zu schützen. Das System unterzieht ihn einer Gehirnwäsche, sodass er sich schlussendlich, mit einem Gefühl der Sicherheit, in die überwachte Gesellschaft eingliedert.

Dass sich diese Vision nicht mehr grundlegend von unserer heutigen, demokratischen Gesellschaft unterscheidet, wird aktuell vielfach diskutiert. Mediale Berichterstattungen offenbaren kontinuierlich Schlagzeilen, die ebendiese Überwachungsszenarien im Internet postulieren. Der Staat als Regulierer ist omnipräsent – sei es durch Datensammlungen (Vorratsdatenspeicherung), Internetsperren (Zugangsschwerungsgesetz) oder staatliche Geheimdienste, die sich jeglicher Kontrolle entziehen und stattdessen ihren eigenen Regeln folgen (NSA, GCHQ, BND). Aber nicht nur der Staat, auch die Wirtschaft spioniert die Bürger im Internet aus und macht sich deren Daten zu Eigen. Jede Suchanfrage wird von Google gespeichert, jeder Kommentar von Facebook analysiert. Kaum ein Schritt im Internet bleibt unbeobachtet. Online-Medien überwachen die Bürger im Internet zwar nicht, dennoch haben die Art der Berichterstattung sowie die Wahl des Distributionskanals entscheidenden Einfluss auf die Meinungsbildung der Menschen.

Dabei ist es insbesondere das Internet, das die freiheitlichen Werte der Demokratie wie kein anderes Medium vereint. Hier kann und darf die eigene Meinung frei artikuliert, sich vernetzt und sich informiert werden. Dennoch geht jede Freiheit auch mit Verantwortlichkeit einher, sodass die Freiheit des Einzelnen immer dort endet, wo die des Anderen beginnt. Um zu garantieren, dass die Freiheit des Denkens geschützt wird, gibt es demokratische Rechte in Deutschland. Sie sollen die Freiheitsrechte gewährleisten, gleichzeitig aber auch Grenzen der Meinungs-, Informations-, und Kommunikationsfreiheit formulieren. Diese dürfen jedoch nicht derart eng gefasst sein, dass es zu einer Eingrenzung der deklarierten Freiheit im Internet kommt (vgl. Kleinwächter 2012, S. 8f.). Der Staat befindet sich somit in der Pflicht, durch entsprechende Maßnahmen den Schutz der Freiheit sowie den Schutz des Einzelnen zu gewährleisten. Diese Gradwanderung mündet oftmals in einem grundlegenden Konflikt zwischen den beiden fundamentalen Werten *Freiheit* und *Sicherheit*. Innerhalb dieses Spannungsverhältnisses ist die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit zu verorten, die untersucht, ob Regulierungen im Internet notwendig sind oder ob diese die Möglichkeiten und Chancen des Internets beeinträchtigen.

1.1 Überblick zum Forschungsstand

Die Studie „Freedom on the Net 2014“ der US-Nichtregierungsorganisation *Freedom House* hat in den vergangenen Jahren untersucht, welche Länder der Welt das Internet zensurieren und somit die Freiheit ihrer Bürger einschränken. Insgesamt wurden 65 Länder untersucht, 36 Länder bemühten sich demnach um Zensuren. Insbesondere Russland, die Türkei, die Ukraine und Angola schränkten ihre Bürger verstärkt im Internet ein. Island ist demnach das freiheitlichste Land, während Deutschland auf Platz fünf rangiert (vgl. Freedom House 2014 [online]).

Die internationale Non-Profit-Organisation *Reporters without borders* veröffentlicht ebenfalls jährlich eine Studie über Länder der Welt, die die Pressefreiheit aufgrund zensurierender Maßnahmen einschränken. Global habe sich die Pressefreiheit verschlechtert, die Mehrzahl der 180 bewerteten Länder verschärfte die Kontrollen gegenüber den Journalisten. Insbesondere in

Konfliktregionen komme es immer wieder zu gezielten Unterdrückungen (vgl. Reporters without borders 2014 [online]).

In Deutschland untersucht die gemeinnützige Gesellschaft *Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet* (DIVSI) in Zusammenarbeit mit dem SINUS-Institut Heidelberg die Entwicklungen im Bereich Netzstruktur, Netzpolitik, Datenschutz und Medienkompetenz (vgl. www.divsi.de o. Jg. [online]). 2013 wurde in diesem Rahmen eine quantitative Studie veröffentlicht, die sich mit dem Thema „Freiheit vs. Regulierungen im Internet“ befasste (vgl. DIVSI 2013a [online]). Insgesamt wurden 1.487 Personen befragt, die einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren abbildeten (vgl. ebd., S. 5). Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass über die Hälfte der Befragten der Meinung sind, dass der Staat verstärkt im Internet als Beschützer auftreten sollte. Gleichzeitig gehen die Menschen davon aus, dass ebendieser Staat die Kommunikation im Netz überwacht (vgl. ebd., S. 5).

Des Weiteren wurde 2012 eine Milieu-Studie durchgeführt, die eine bevölkerungsrepräsentative Typologie zum Thema Vertrauen und Sicherheit zum Ziel hatte (vgl. DIVSI 2012, S. 10 [online]). Eine gezielte Untersuchung der politisch Netzaktiven führte das *Institut für Marktforschung sowie Politik- und Sozialforschung TNS* im Auftrag des Bundespresseamtes im Jahr 2012 mit 770 Netzaktiven durch (vgl. TNS 2012, S. 1ff.).

Wie sogenannte „Entscheider“ des Internets über Freiheit und Regulierung denken, sollte in einer *Entscheiderstudie* des DIVSI evaluiert werden. Dazu wurden qualitative und quantitative Forschungsvorgehen miteinander verknüpft. Im ersten Schritt fanden 60 Experten-Interviews mit Meinungsführern aus Deutschland statt, um auf Basis der generierten Hypothesen eine quantitative Repräsentativerhebung mit 1.221 Befragten durchzuführen. Die Interviews dauerten nicht länger als 25 Minuten, für die Repräsentativerhebung wurde eine computergestützte Telefonbefragung durchgeführt (vgl. DIVSI 2013b, S. 14f. [online]). Die *Entscheider* kamen zu dem Schluss, dass die Wirtschaft als dominante Kraft des Internets bewertet werden kann. Global agierende Anbieter von Internetdiensten seien demnach die Hauptakteure, die ebenso wie Hacker und unbedachte Nutzer

die größten Risiken im Netz darstellen. Sicherheit halten die Entscheider eher für eine Illusion, da die Menschen sich an einen freieren Umgang mit den eigenen Daten gewöhnen müssten. Die Nutzer seien zudem für ihre eigene Sicherheit verantwortlich, wobei es ihnen an der notwendigen Kompetenz im Umgang mit dem Medium fehle. Die Unterscheidung zwischen online und offline sei heute weitestgehend obsolet (vgl. ebd., S. 63ff.).

1.2 Zielsetzung

Obleich vorliegende Arbeit mit ihrer zugrunde liegenden qualitativen Methode einen ähnlichen Ansatz wie die *Entscheiderstudie* des DIVSI verfolgt, können hinsichtlich ihrer Herangehensweise Unterschiede festgestellt werden. Um der zuvor erläuterten Forschungsfrage auf den Grund zu gehen, wurden netzpolitische Akteure interviewt, die sich nicht nur durch ihre Rolle als Entscheider und Einflussnehmer auszeichnen, sondern die aufgrund ihrer persönlichen Expertise über konjunktives Wissen verfügen. Da der Fokus der Arbeit auf die regulierenden Instanzen *Staat*, *Wirtschaft* und *Medien* gelegt werden soll, liegt es nahe, Experten aus diesen beruflichen Umfeldern zu befragen. Entsprechend zählen Politiker, Journalisten, Netzaktivisten, Wirtschaftsexperten sowie Datenschützer zur ausgewählten Zielgruppe. Um deren konjunktives Wissen zu explizieren, wird sich der Erhebungsmethode des leitfadengestützten Interviews bedient, die es wiederum ermöglicht, offene Fragen zu gestalten, um Erzähltexte zu generieren. Diese liefert Einblicke in die persönlichen Orientierungsstrukturen der Experten, sodass der subjektive Sinngehalt der Interviews transzendiert werden kann. Im Rahmen vorliegender Befragung wurde den Experten deshalb ein zeitlicher Rahmen gewährt, um ausführlich auf einzelne Fragen antworten und somit persönliche Erfahrungen vermitteln zu können. Zur Auswertung wird eine Methode herangezogen, die sich zwischen subjektivem Sinn und objektiven Strukturen verorten lässt: die dokumentarische Methode nach Ralf Bohnsack (vgl. Bohnsack 2003; 2010). Mit dieser qualitativen Forschungsmethode kann offengelegt werden, aufgrund welcher Sinnbezüge Menschen unter Berücksichtigung der sozialen Welt handeln (vgl. Lamnek 2010, S. 27f.). Darüber hinaus ist es in Zeiten des

digitalen Wandels sinnvoll, auf aktuelle Problematiken zu verweisen und neue Entwicklungen mit einzubeziehen.

Anhand der Interviews soll herausgearbeitet werden, wie Freiheit im Internet zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus Sicht der Befragten definiert werden kann und warum sie für die deutsche Gesellschaft von Bedeutung ist. Ebenso soll untersucht werden, wie sich die Netzbürger in Deutschland entwickelt haben. Im Fokus der Betrachtung liegen insbesondere die unterschiedlichen Regulierungsmaßnahmen im Internet: Es gilt demnach zu klären, welchen Einfluss die netzpolitischen Akteure den staatlichen, wirtschaftlichen und medialen Regulierungsmaßnahmen zuordnen. Hierbei soll betrachtet werden, inwieweit die Befragten aufgrund ihres beruflichen Hintergrundes, ihres Alters sowie ihres medialen Expertenwissens zwischen den Grundpfeilern „Freiheit“ und „Sicherheit“ differenzieren: Wird die grundlegende Freiheit des Internets durch Kontrollen eingeschränkt, oder sind diese notwendig, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten? Zudem gilt es herauszufinden, welche Rolle die Themen Transparenz, Datenschutz und Gleichbehandlung im Internet spielen. Abschließend wird der Frage auf den Grund gegangen, ob es das freie Internet überhaupt noch gibt und wie das ideale Internet aussehen sollte. Kurzum bietet die Arbeit einen Einblick in die Sichtweisen aktueller Entwicklungen zur digitalen Gesellschaft aus Expertensicht.

1.3 Vorgehensweise

Um sich dieser Zielsetzung zu nähern, wird folgende Herangehensweise gewählt: Im theoretischen Teil der Arbeit werden zu Beginn die Grundlagen expliziert. Dazu wird das Wesen des Internet vorgestellt und dessen Stellenwert in der heutigen Gesellschaft herausgearbeitet. Um die heutige Struktur des Internets zu erfassen, ist ein Rückblick in die geschichtliche Entwicklung notwendig. Das aktuelle Gefüge des Netzes ist wiederum geprägt von verschiedenen Regulierungsformen, die im Anschluss erläutert werden. Jenseits regulierender Schranken gilt es, die individuellen Freiheiten im Internet zu schützen. Welche Freiheiten existieren und welcher Rechtsprechung diese zugrunde liegen, wird am Ende des Grundlagenkapitels behandelt (Kapitel 2). Das darauffolgende theoretische Kapitel widmet

sich dem Thema *Freiheit im Internet*. Es wird untersucht, welchen Stellenwert freie Artikulation im Internet für die Gesellschaft besitzt und welche Bildungsprozesse mit ihr einhergehen. Auch das Thema Partizipation als demokratische Grundvoraussetzung soll näher betrachtet werden. Zudem erfolgt die Vorstellung der einzelnen Artikulationsgruppen (Kapitel 3). Im letzten theoretischen Kapitel wird das Thema *Kontrollen im Internet* fokussiert. Hier folgt die Untersuchung der Bereiche Privatsphäre und Datenschutz, ehe der Schwerpunkt auf staatliche Kontrollen und regulierende Maßnahmen gelegt wird. Darüber hinaus gilt es, auch Medien und Wirtschaft als Kontrolleure des Internets detailliert zu betrachten (Kapitel 4). Im Anschluss daran beginnt der empirische Teil der Arbeit. Nach dem methodischen Vorgehen werden die Experten vorgestellt und die Abläufe der Datenerhebung erläutert (Kapitel 5). Es folgt die Darstellung der Auswertungsmethode in ihren einzelnen Arbeitsschritten, ehe diese zur Anwendung kommt (Kapitel 6). Die Ergebnisse der Auswertung werden darauffolgend anhand von Fallbeispielen eingehend betrachtet und im Anschluss in einer Typologie zusammengefasst (Kapitel 7). Im abschließenden Fazit gilt es, die Essenz der Ergebnisse zu extrahieren, um auf dessen Basis einen möglichen Ausblick zu formulieren (Kapitel 8).

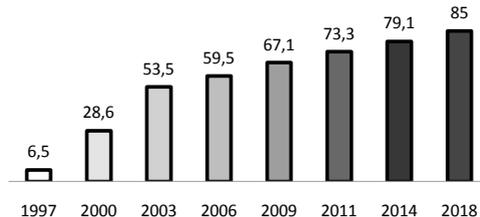
2. Theoretische Grundlagen

Um einen Einstieg in die wesentlichen Themen der vorliegenden Arbeit zu gewähren, widmet sich dieses Kapitel der Geschichte des Internets, dessen heutiger Struktur, den unterschiedlichen Formen von Regulierungen sowie den gesetzlichen Freiheiten im Internet.

2.1 Das (Massen-)Medium Internet

In der heutigen Gesellschaft ist das Internet ein wesentlicher Bestandteil des öffentlichen und privaten Lebens. Der Anteil der Internetnutzer in Deutschland lag im Jahr 2014 bei 79,1 Prozent, 63 Prozent waren täglich online. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies zwar nur einem Zuwachs von zwei Prozent, dennoch agieren laut ARD/ZDF-Onlinestudie¹ neun von zehn der unter 60-jährigen Deutschen täglich im Internet. Das Potenzial der jüngeren Altersgruppen scheint somit weitgehend ausgeschöpft, gleichwohl wird erwartet, dass die Zahl der Onliner in den kommenden Jahren weiter ansteigt.

Abbildung 1: Entwicklung der Onlinenutzung in Deutschland (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung (modifiziert nach v. Eimeren & Frees 2014, S. 379)

„Rechnet man den Trend der letzten Jahre hoch, dürfte [...] die Internetverbreitung in Deutschland bis 2018 auf rund 85 Prozent steigen.“ (v. Eimeren & Frees 2014, S. 379) Getragen werde dieser Trend von der Generation 60plus, deren Internetpenetration aktuell bei 45,4 Prozent liegt.

¹ Seit 1997 wird die ARD/ZDF-Onlinestudie jährlich als Repräsentativerhebung durchgeführt. Zur Grundgesamtheit zählen seit 2001 alle Erwachsenen ab 14 Jahren. Diese werden auf Basis der ADM-Auswahlgrundlage für Telefonstichproben ausgewählt (vgl. www.ard-zdf-onlinestudie.de o. Jg. [online]).

Im europäischen Vergleich liegt Deutschlands ältere Generation somit im oberen Mittelfeld, die Tendenz ist steigend. In den vergangenen Jahren habe sich laut van Eimeren und Frees insbesondere bei den älteren Onlinern eine Dynamik entwickelt, die durch den Anstieg der Internetverbreitung um sechs Prozent innerhalb eines Jahres erkenntlich wird (vgl. ebd.).

Mithilfe von Internetanwendungen findet ein Großteil der privaten Kommunikation statt. Kommunizieren und Informationen suchen stellen somit die wichtigsten Motive der Online-Nutzung dar (vgl. ebd.). Neben dem privaten Gebrauch werden auch Geschäftsprozesse im Unternehmenskontext heute maßgeblich von Internetanwendungen unterstützt. Die zunehmende Verbreitung von internetbasierten Diensten habe eine vermehrte Abhängigkeit der Gesellschaft vom Datentransport und von einer funktionsfähigen Internetinfrastruktur zur Folge (vgl. Zarnekow, Wulf & Bornsteadt 2013, S. 1). Schon die Bezeichnung *Internet*, die als gebräuchliche Abkürzung des Begriffs *internetwork* verwendet wird, macht deutlich, dass es sich bei diesem Medium um eine Zusammenschaltung unabhängiger, globaler und lokaler Netzwerke handelt (vgl. ebd., S. 7). Wie die ersten Netzwerke entstanden sind und welche Entwicklungsprozesse zur heutigen Internetarchitektur geführt haben, wird weiterführend dargestellt.

2.1.1 Geschichte des Internets

Als Ursprung des Internets wird die theoretische und praktische Entwicklung von Computernetzwerken durch die US-amerikanische Rüstungsforschung zwischen 1960 und 1970 betrachtet. Um den vermeintlich technischen Rückstand der amerikanischen Forschung gegenüber der russischen Wirtschaft aufzuholen, gründete das amerikanische Verteidigungsministerium 1958 die *Advanced Research Projects Agency* (ARPA)², deren wesentliche Aufgabe in der Untersuchung und Entwicklung von Computertechnologien für den militärischen Einsatz bestand. Die Forschungsarbeiten der 1960er Jahre resultierten vor allem in der theoretischen und praktischen

² Die Behörde des Verteidigungsministeriums wurde 1958 von Dwight D. Eisenhower gegründet. Heute ist sie unter dem Namen *Defense Advanced Research Projects Agency* (DARPA) bekannt und führt Forschungsprojekte für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten durch (vgl. Lee 2013, S. 38f.).

Konzeption von Methoden der Computervernetzung, die als Grundlagen des heutigen Internets betrachtet werden (vgl. Engemann 2003, S. 17ff.). Ein Paradigmenwechsel in der Technologie der Datenübertragung bildete die auch heute noch existente fundamentale Struktur des Internets: Statt Nachrichten zwischen Sender und Empfänger über direkte Verbindungsschaltungen zu übermitteln, wie bei einem klassischen Telefonsystem, wurde die Nachricht digital codiert und in Pakete zerlegt. Diese enthielten neben den Inhalten der Nachricht weitere Informationen über den Absender, das Ziel sowie die Gesamtgröße der Ursprungsnachricht (vgl. ebd.). Eine direkte Schaltung zwischen Sender und Empfänger war nicht mehr nötig, da die schrittweise Übertragung der Datenpakete in einem „[...] theoretisch unbegrenzt großen Netzwerk von Computern“ (Engemann 2003, S. 18) realisiert werden konnte. Durch die Vermeidung zentraler Verschaltungsinstanzen konnte die militärische Kommunikation gegen feindliche Datenangriffe immunisiert werden. 1969 entstand somit das ARPANET³, welches Computeranlagen mehrerer amerikanischer Westküsten-Universitäten miteinander verband. Immer mehr Rechner amerikanischer Universitäten und staatlicher Forschungseinrichtungen wurden in den 1970er Jahren an das ARPANET angeschlossen. Währenddessen entwickelten sich weitere Computernetzwerke, die unterschiedliche Protokollstandards verwendeten, wodurch ein Datenverkehr zwischen den verschiedenen Netzen kaum möglich war. Daher musste ein Protokollstandard entwickelt werden, der die Fähigkeit besaß, zwischen den unterschiedlichen Anwendungen und Netzwerken vermitteln zu können. Für diese Funktion der universellen Vermittlung wurde der Begriff *Internetting* etabliert. Die technische Umsetzung des Meta-Protokolls wurde als *Transmission Control Protocol/Internet Protocol (TCP/IP)* bezeichnet und ermöglichte ab den späten 1970er Jahren Interoperabilität zwischen verschiedenen Netzwerken (vgl. Engemann 2003, S. 19f.). Durch das TCP/IP war es möglich, Daten über eine beliebige Anzahl unterschiedlicher Netze zu versenden. „Aus dieser Vernetzungswirkung des TCP/IP zwischen den schon in den 1970er Jahren in die Hunderte gehenden separaten Netzwerken [...] resultierte dann das Internet als das 'Netz der

³ Das ARPANET gilt als erstes überregionales Computernetzwerk der Geschichte und bildete die Basis für die Entwicklung des Internets (Engemann 2003, S. 19).

Netze'.“ (Engemann 2003, S. 20, Herv. im Orig.) Ende der 1970er Jahre kam mit dem *Domain Name Service* (DNS)⁴ eine weitere wichtige Vereinfachung der Nutzung hinzu. Fortan musste zur Verbindung des Computers nicht mehr dessen genaue numerische Adresse bekannt sein, stattdessen wurde ein nutzerfreundlicher Name verwendet. Dieser ermöglichte die Verbindung zum entsprechenden Server (vgl. ebd.).

Die theoretischen und technischen Voraussetzungen des Internets liegen der militärischen Computerforschung der 1960er und 1970er Jahre zugrunde. Bis zur Abtrennung eines unabhängigen militärischen Netzwerkes 1983 waren zivile und militärische Computer gemeinsam im ARPANET vertreten. Die Entwicklung der Technologie schritt so schnell voran, sodass der militärische Sektor früh verlassen wurde. Eine sukzessive allgemeine Verbreitung folgte über den akademischen Sektor (vgl. ebd.). In der ersten Hälfte der 1990er Jahre setzte sich zunehmend der Gebrauch von E-Mails zur Datenübertragung im gesamten akademischen Bereich durch, sodass ab 1995 nahezu alle Universitäten der Industrienationen ihren Mitarbeitern und Studenten die Nutzung des Internets ermöglichten. Nach Engemann (2003) sei die Entwicklung des Internets nicht das Resultat der Organisationsleistung staatlich-zentralistischer Bürokratien, sondern sie geht „[...] auf eine spezifische Form der Konsensbildung über technische Standards, Protokolle und Architektur des Netzes im Schnittfeld von akademischer Computerforschung, Militär und libertärer Programmiererszene [...] zurück“ (S. 24). Die Entfaltung des Internets wurde in einem institutionenübergreifenden, kollaborativen Optimierungsprozess vorangetrieben, welcher die bis heute wirksame Idealisierung des Internets als „[...] fundamental demokratische Potenz“ (ebd.) begründet.

Mit der Entwicklung der Softwarespezifikation *World Wide Web* (WWW⁵) konnten grafische Benutzeroberflächen von der Nutzung des Personalcomputers (PCs) auf die des Internets übertragen werden. Tim Berners-Lee

⁴ Das DNS ist eine global verteilte und hierarchisch organisierte Datenbank, welche die Übersetzung der eingängigen Domainnamen in die komplexen, maschinenlesbaren IP-Adressen vornimmt (vgl. Puppis 2007, S. 264ff.).

⁵ Das World Wide Web wird im Folgenden mit der geläufigen Bezeichnung WWW abgekürzt.

stellte sein Hypertext-System erstmals 1989 an der Forschungseinrichtung CERN⁶ vor. Um Forschungsergebnisse auf einfache Art und Weise auszutauschen, wurde eine Methode für das Verflechten wissenschaftlicher Artikel geschaffen. Berners-Lee beschreibt das World Wide Web als eine großräumige Hypermedia-Initiative zur Informationsbeschaffung. Ziel sei der allgemeine Zugang zu einer großen Sammlung von Dokumenten (vgl. Berners-Lee & Fischetti 1999, S. 47ff.). Mit der Einführung des WWW konnten multimediale Informationen in einem weltweit ausgedehnten Archiv auch von PCs aus zugänglich gemacht werden. Mit der zunehmenden Multimediafähigkeit der Personalcomputer schaffte das WWW einen bis heute anhaltenden Popularisierungsschub für das Internet, auch außerhalb des akademischen und militärischen Sektors (vgl. Engemann 2003, S. 31f.).

2.1.2 Struktur des Internets

Aus ökonomischer Sicht sind heute zwei maßgebliche Eigenschaften des Internets zu nennen: Zum einen die Unabhängigkeit der zusammengesetzten Netzwerke, zum anderen die Öffentlichkeit des Internets. Als einzige gemeinsame Konvention der verschiedenen Netzbetreiber kann die Schaffung einer logischen Struktur gesehen werden, die den Datentransport sowie die Wegewahl der Adressierung möglich macht. Die Gestaltung der Datenübertragungsverfahren und der physischen Infrastruktur bleibt den einzelnen Netzbetreibern selbst überlassen. Somit wird letztere nicht nur für den Internetverkehr, sondern oftmals für andere Dienste, wie Festnetztelefonie oder Rundfunkübertragung, genutzt. Ebenso ist die Dienstgestaltung der einzelnen Anbieter im Internet vom Datentransport entkoppelt (vgl. Zarnekow, Wulf & Bornsteadt 2013, S. 7).

Durch die Anwendungsmöglichkeiten, die auf Basis der in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre entwickelten Techniken entstanden, wurde es den Nutzern ermöglicht, von ihren Personalcomputern aus Web-Anwendungen zu bedienen. Das Nutzungsverhalten der Onliner veränderte sich, da Inhalte aus dem Internet nicht nur rezipiert, sondern auch kommentiert oder

⁶ Europäische Organisation für Kernforschung, an der physikalische Grundlagenforschung betrieben wird (vgl. home.web.cern.ch o. Jg. [online]).

erweitert werden konnten. Daraus resultierte eine neue Form der Öffentlichkeit, die nach Ariane Windhorst (2010) als *virtuelle Öffentlichkeit* bezeichnet werden kann (S. 222). Grundsätzlich stehe es jedem Menschen unabhängig von Stand, Klasse und Milieu frei, sich im Cyberspace zu bewegen.⁷ Die technische Struktur des Internets mache es zudem grundsätzlich möglich, dass alles von jedem online veröffentlicht werden kann. Dementsprechend könne das Internet als demokratieförderndes Medium angesehen werden (vgl. ebd., S. 221).

Seit einigen Jahren konstatiert sich der Begriff Web 2.0⁸, da das WWW mit seinen netzwerkartigen Kommunikationsstrukturen und umfassenden Anwendungen neuartige interaktive Diskursarten erlaubt. Im Gegensatz zu klassischen Massenmedien wird im Internet eine interaktive Nutzung ermöglicht, es findet keine einseitige Kommunikation statt. Dies erfordert eine höhere Eigenaktivität von den Rezipienten. Die Öffentlichkeit spaltet sich somit in Onliner (oder *Netizens*⁹) und Offliner. Die angebotenen Computernetzwerke werden in der öffentlichen Kommunikation heute von allen Altersgruppen genutzt, was an den veränderten technischen Plattformen für traditionelle Kommunikationsweisen und dem umfassenden gebotenen Leistungsspektrum liege (vgl. Prommer & Vowe 1998, S. 7). Weltweit lag die Anzahl der Internetnutzer laut Statista¹⁰ im Jahr 2014 bei 2,92 Milliarden Menschen (Statista 2015a [online]). Jährlich steigt die Zahl der Onliner um 200 bis 300 Millionen Nutzer. Bill Gates' Einschätzung „Internet is just a hype“ aus dem Jahr 1995 (Schaar 2009, S. 42) kann entsprechend der

⁷ Materielle Zugangsbeschränkungen und fehlende technische Bedienfähigkeiten finden bei dieser Annahme keine Berücksichtigung.

⁸ Der Begriff Web 2.0 postuliert eine neue Generation des Webs und grenzt dieses von früheren Nutzungsarten ab. Tim O'Reilly machte den Begriff im Jahr 2005 in dem Artikel „What is Web 2.0“ auch außerhalb des englischen Sprachraums populär (vgl. O'Reilly 2006 [online]). Tim Berners-Lee kritisierte den Begriff hingegen als einen Jargonausdruck. Seiner Meinung nach wisse niemand, was der Begriff wirklich bedeute (vgl. Anderson 2006 [online]).

⁹ Anlehnung an den englischen Begriff „Citizen“ (Bürger/in); Menschen die sich im Internet engagieren werden als *Netizens* bezeichnet. Ebenso kann der Begriff als *Bewohner des Internets* interpretiert werden, was das Lebensgefühl der Onliner widerspiegelt (vgl. Windhorst 2010, S. 222).

¹⁰ Statista ist ein Online-Portal für Statistiken. Die Daten werden von verschiedenen Institutionen aus Forschung und Wirtschaft zugänglich gemacht. Laut eigenen Angaben finden Nutzer Statistiken zu über 80.000 Themen aus über 18.000 Quellen (vgl. de.statista.com o. Jg. [online]).

aktuellen Zahlen als widerlegt angesehen werden. Vielmehr hat sich das Internet zum festen Bestandteil des alltäglichen Lebens konstatiert, dessen Anwendungen sämtliche Lebensbereiche tangieren. E-Mails verdrängen den klassischen Brief, Bestellungen im Internet verdrängen den konventionellen Handel, Online-Banking verdrängt die Verwendung von Schecks und Überweisungsformularen. Peter Schaar (2009) sieht die sogenannte *e-Welt*¹¹ nicht durch Technologien gekennzeichnet, sondern durch ihre Anwendungsfelder, die anstelle entsprechender Funktionen der realen Welt treten (S. 43f.).

Dass diese Entwicklung nicht nur Vorteile für die Öffentlichkeit mit sich bringt, beschreibt Windhorst (2010), indem sie anmerkt, dass sich der „[...] gewaltigste Strukturwandel der Öffentlichkeit aller Zeiten“ abzeichnet (S. 222). Sie ist der Meinung, dass Kontrollinstanzen notwendig seien, da die Menschen im Internet in „ungeahnter Intensität“ von ihrem Recht auf Veröffentlichung Gebrauch machen würden. Insbesondere die Presse sei als Kontrollmedium „unverzichtbar“ (ebd.). Im Folgenden soll verdeutlicht werden, welche Regulierungsformen des Internets grundsätzlich existieren. Weiterführend wird in Kapitel 4 beschrieben, welche expliziten Kontrollinstanzen die virtuelle Öffentlichkeit beeinflussen oder gar zensieren.

2.2 Regulierung des Internets

Der Informatiker Wolfgang Coy spricht bereits im Jahr 1998 in seinem Aufsatz „Wer regiert das Internet?“ von vielfältigen Regulierungen des Internets (Coy 1998, S. 134ff.). Es existiere eine globale und eine mediale Struktur, sodass viele herkömmliche Ordnungsvorstellungen nicht mehr greifen würden. Vielmehr wäre ein erheblicher Regelungs- und Abstimmungsbedarf erkennbar (vgl. ebd.). Der Begriff *Regulierung* stellt laut Definition einen Teilbereich der Politik dar. Allgemeine verbindliche Regeln und Entscheidungen über Medienorganisationen sowie die massenmediale öffentliche Kommunikation als auch deren Implementation stellen den Kern der Regulierung dar. Die breiteste Definition beschreibt Regulierung als jegliche Form sozialer Kontrolle. Sie geht davon aus, dass alle Mechanis-

¹¹ Zusammenfassender Begriff für Anwendungen im Internet. Hierzu zählen E-Mail, ePublishing, eCommerce oder eGovernment (Schaar 2009, S. 44).